



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen
Ar Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen(ASG)**

Beschluss vom 20. Januar 2022

Antrag

Der Landesvorstand möge beschließen

Der Landesparteitag (14. Mai 2022) möge beschließen

Erfolgreiche Gesundheitspolitik braucht auch wirksame Klimapolitik

Klimawandel macht krank. Er hat gefährliche Auswirkungen auf unsere Gesundheit. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie das Ökosystem und die Gesundheit miteinander verbunden sind, und wie schnell u. a. durch ein weiteres Vordringen der Menschen in die Natur sich Zoonosen bilden können und die Gesundheit erheblich gefährdet wird.

Verbrennungsprozesse mit ihren daraus resultierenden Substanzen wie Kohlendioxid und Methan gefährden die Natur durch Temperaturanstiege, Überschwemmungen, Dürren und Anstiege der Meeresspiegel. Sie beeinträchtigen damit auch die Gesundheit der Menschen. Vor allem vulnerable Gruppen sind davon betroffen. Infektionen und Pandemien werden sich weiterverbreiten, wenn es keine vorsorgende Klimastrategie und angepasste Klimaanstrengungen vor Ort gibt.

Der Klimawandel ist zwar ein zentraler Bestandteil der Umweltpolitik. Allerdings taucht das Thema Gesundheit z. B. bei Stadtplanungs- und -entwicklungsprozessen kaum auf. Es wird bei diesen Prozessen einfach nicht beteiligt. Es ist deshalb nicht überraschend, dass weder in der Umwelt- noch in der Gesundheitspolitik die vielfältigen negativen Einflüsse auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen eine maßgebliche Rolle gespielt haben.

In den USA dagegen wird zu Recht von Ärztinnen und Ärzten, Ärzteorganisation und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diese Wechselbeziehung als *größter Notfall für die Gesundheit* bezeichnet. Wenn diese Entwicklung nicht durch eine neue wirksame Gesundheitspolitik gestoppt wird, sind massive negative gesundheitliche Folgen für die Menschen sehr wahrscheinlich. Ebenso wenig sind bisher die problematischen Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit Bestandteil in medizinischer oder pflegerischer Ausbildung. 2021 hat sich der deutsche Ärztetag erstmals umfassend mit diesem Problembereich beschäftigt.

Aus gesundheitspolitischer Sicht sind umgehend wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um gesundheitsschädliche Auswirkungen des Klimawandels auf allen Ebenen gezielt präventiv zu bekämpfen und angepasste Klimaschutzmaßnahmen in den Einrichtungen für Gesundheit und Pflege zu etablieren.

Die ASG Bremen fordert deshalb:

- Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Klimawandels sind zukünftig in der Umweltschutz- und Gesundheitspolitik auf der Bundes-Landes- und Kommunalebene, aber auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, konkret zu berücksichtigen.
- Es müssen kommunale, regionale und nationale Hitzeschutzpläne erstellt und die Trinkwasserversorgung sichergestellt werden. *Frankreich kann hier als Beispiel dienen.*
- Pandemie-/Endemie-Masterpläne sind zu erstellen bzw. zu erneuern. Auch sind Maßnahmen zur Vermeidung von weiteren Pandemien zu ergreifen, u. a. durch internationale Regelungen und nationale Vorkehrungen.
- Kommunale Hitzeinseln und dort vorhandene Einrichtungen der Gesundheits- und Pflegeversorgung sind zu lokalisieren und in einem Kataster zu führen.
- Bremen und Bremerhaven erstellen verbindliche Klimaanpassungspläne, die sicherstellen, dass die notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen ergriffen werden, um ein gesundes Leben weiterhin zu ermöglichen.
- Folgen der Klima- und Hitzekrisen betreffen Krankenhauspatientinnen und -patienten und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner besonders stark, deshalb müssen Krankenhäuser und Pflegeheime zukünftig hauseigene Klimapläne erarbeiten oder aktualisieren.
- Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen zukünftig auch Programme zur Senkung des Ressourcenverbrauchs vorlegen, um durch reduzierten Ressourcenverbrauch einen spürbaren Beitrag zum Klimaschutz und zur Wirtschaftlichkeit zu leisten.
- Die Nachhaltigkeit in den Krankenhäusern ist sicherzustellen. Dafür sind zum Beispiel Nachhaltigkeitsbeauftragte mit der Etablierung einer Arbeitsgruppe „Green Team“ unter Leitung der Geschäftsführung zu bilden. Eine entsprechende Refinanzierung durch die zuständigen Kostenträger ist sicherzustellen.
- Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen sind in das Curriculum für Studierende der Medizin und der Pflegewissenschaften und in weiteren Ausbildungen aufzunehmen.
- Prävention und Gesundheitserziehung (ressourcenschonendes, gesundes Leben) soll in Lehrplänen der Schulen und Kitas platziert werden, bestehende entsprechende Maßnahmen sollen gestärkt werden.

- Bei der Landes-Krankenhausplanung und in die Planung stationärer Pflegeeinrichtungen sind Folgen des Klimawandels als Kriterium für die Bedarfsplanung der betroffenen Disziplinen zu beachten; In die Investitionsplanungen der Länder sind zukünftig Schäden durch Klimakrisen ebenso wie energiesparende Maßnahmen zu berücksichtigen.
- Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen Auswirkungen des Klimawandels bei Sanierungen und Neubauten von Gebäuden (u. a. Lage, Baustoffrecycling, Hochwasser- und Starkregenschutz, *Vergabeverordnung*) berücksichtigt werden. (In Eschweiler wurden z. B. 2021 etliche der Keller des örtlichen Krankenhauses geflutet. Dabei mussten Patientinnen und Patienten in andere Häuser evakuiert werden und es entstand ein beträchtlicher Schaden an der technischen Ausrüstung).
- Energieschonende Entwicklungen für die Medizintechnik und für weitere Techniken, u. a. Ladestationen an Krankenhäusern, sind zu beachten und zu fördern.
- Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Gesundheit und sozialer Betreuung (z. B. aufsuchende Altenarbeit) sind bisher kaum bekannt. Die Zuständigen müssen das hohe Informationsdefizit durch verständliche Informationen wirksam reduzieren.
- In der Weiterbildung und Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und anderen Berufen müssen die Auswirkungen des Klimawandels, notwendige Maßnahmen des Klimaschutzes, die zunehmende Belastung durch Hitze und der ressourcenschonende Einsatz von Verbrauchsmaterial thematisiert und integriert werden.

BEGRÜNDUNG:

Der Klimawandel macht krank, das hat leider in den letzten Jahren besonders die Coronakrise sehr deutlich gezeigt. Die spürbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit werden sich in Zukunft deutlich verstärken. Das passiert leider immer schneller, und wird nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland schmerzliche Spuren hinterlassen. Durch die notwendigen entsprechenden gesundheits- und klimapolitischen Gegenmaßnahmen kann das verhindert werden. Dazu bedarf es aber einer wirksamen Gesundheits- und Klimapolitik, die bisher leider fehlt. In Deutschland besteht ein erheblicher Nachholbedarf in einer entsprechenden Gesundheitspolitik.

Bisher wurden die wachsenden Folgeschäden des Klimawandels und die Auswirkungen der Hitzesteigerungen auf die Gesundheit der Bevölkerung von vielen Politikerinnen und Politikern nicht richtig ernst genommen, auch von Gesundheitspolitikerinnen und -politikern wurde das kaum gesehen. Vereinzelt wurden zwar im Ministerium für Umweltschutz Themen wie Klimawandel, Hitze und Gesundheit am Rande mit behandelt. Für eine zukunftsorientierte, wirksame Gesundheitspolitik ist das völlig unzureichend.

Die Klimakrisen müssen endlich ernst genommen werden. Dazu es ist notwendig, wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung der Klimaschäden zu ergreifen, um damit die zukünftige Gesundheitsversorgung wirksam zu verbessern.

Von den negativen Auswirkungen betroffen ist zwar die gesamte Bevölkerung, es trifft aber vor allem Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, sowie Ärztinnen und Ärzte, Pflegende sowie Rettungssanitäterinnen und -sanitäter. Erforderlich ist es deshalb, wirksame Maßnahmen in diesen Einrichtungen durchzuführen und für sie Curricula in der Aus- und Weiterbildung dafür zu entwickeln und verpflichtend vorzuschreiben.

Schädlich sind die Entwicklungen vor allem für vulnerable Gruppen, wie Säuglinge, Kinder, Schwangere und ältere Personen sowie Menschen mit Vorerkrankungen und Behinderungen. Krankenhäuser, Pflege- und Altenheime oder Kitas leiden besonders stark unter den Folgen der klimatischen Veränderung.

In Deutschland wird leider das Themen Hitze und Gesundheit sehr selten problematisiert. *Bekannt ist aber, dass an Tagen mit einer Temperatur über 30 Grad Celsius die Sterbequote um etwa 10 % erhöht ist und auch Kinder besonders von den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels getroffen werden.* Durch Hitzewellen treten deutlich mehr Herzinfarkte, Schlaganfälle und Infektionskrankheiten auf. Zusätzlich verursachen sie verstärkt Allergien, Asthma, Hitzschläge und auch psychische Erkrankungen.

Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist Bremen auch von extremen Hitzewellen und erhöhten Durchschnittstemperaturen betroffen gewesen. Besonders gefährdet sind gesundheitlich geschwächte, ältere Menschen. Das haben u. a. zunehmende Sterberaten leider gezeigt.

Steigende Temperaturen führen neben Dürre auch zu Wasserknappheit, diese bedeuten Mangelernährung, neurologische Störungen und Entwicklungsstörungen. Darüber hinaus ermöglichen Veränderung des Klimas bei bereits bestehenden Erregern, sich weiter auszubreiten und bieten neuen Erregern die Chance, sich in weiteren ökologischen Nischen zu etablieren. Die Konsequenzen sind Durchfall-, Lungen- und neurologische Erkrankungen, die durch Bakterien, Parasiten über Vektoren oder direkt übertragen werden. Deshalb ist auch eine keimfreie Trinkwasserabsicherung der Bevölkerung notwendig. Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass jährlich zwischen 5000 und 8000 Menschen in Deutschland durch Hitzewellen sterben.

Damit die angestrebte Transformation zwischen diesen politisch wichtigen Bereichen gelingt, ist es notwendig, dass zukünftig die Ressorts Umweltschutz, Gesundheit, Wirtschaft und Finanzen in diesem komplexen Themenbereich gut zusammenarbeiten.

Das ist zwingend nötig, da sie sich gegenseitig verstärken müssen und wegen der Wechselwirkungen voneinander abhängen. Zu wenig wird gesehen, dass ein sich stabilisierendes Klima gut für die Gesundheit, aber auch eine Grundvoraussetzung für eine stabile Wirtschaft ist.